

Gerd Friedrich
Klaus Steinitz

Wie gefährdet ist der Wirtschaftsstandort Deutschland?*

In den Monaten der schwersten Wirtschaftskrise Deutschlands in der Nachkriegszeit wurde kein Thema auf ökonomischen Gebiet so strapaziert wie die Sicherung des Wirtschaftsstandortes. Parteien und Unternehmerverbände veröffentlichten hierzu Positionspapiere, die Regierung beschloß ein Programm zur Standortsicherung, die wirtschaftspolitischen Kommentatoren diskutierten in den Medien das Für und Wider verschiedener Vorstellungen und Vorschläge.

Nun sind Diskussionen um die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft weder neu noch auf Deutschland beschränkt. In vielen Industrieländern wird in Zeiten der Krise die Gefährdung des Wirtschaftsstandortes ins Zentrum wirtschaftspolitischer Diskussionen gerückt, um die Mehrzahl der Bürger von der Notwendigkeit solcher Maßnahmen zu überzeugen, die darauf abzielen, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern - Senkung der Unternehmenssteuern, Lohn- und Sozialabbau, Bereitstellung von Fördermitteln, staatliche Sparprogramme u.ä.m.

Mitte 1994 verschwand das Thema nahezu schlagartig aus den Medien. Ausschlaggebend dafür dürften zwei Gründe gewesen sein: Entscheidend war, daß die Problematisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland schlecht in das Bild der ungetrübten Erfolgsbilanz der Regierungskoalition in der Zeit des Wahlkampfes paßte. Hinzu kam, daß der einsetzende Aufschwung zunächst ausschließlich vom wachsenden Export getragen wurde - ein sicheres Indiz dafür, daß es so schlecht um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht bestellt sein kann.

Lohnt es sich unter diesen Bedingungen noch, das Thema Standortgefährdung aufzugreifen? Dafür spricht, daß in dieser Diskussion im Grunde alle Wirtschaftsprobleme, die die ökonomische Entwicklung Deutschlands in den neunziger Jahren tangieren werden, zur Sprache kommen. Drei Fragen rücken dabei ins Zentrum:

- * Wodurch werden die aktuellen Befürchtungen um den Wirtschaftsstandort dieser ökonomisch mächtigen Bundesrepublik Deutschland genährt?
- * Wohin führt die sogenannte Standortsicherungspolitik der konservativ - liberalen Regierungskoalition?
- * Wo müßte eine alternative wirtschaftspolitische Konzeption ansetzen?

* Vortrag, gehalten im Plenum der Leibniz-Sozietät am 21. April 1994. Überarbeitete Fassung

Die Aktualität des Themas ergibt sich auch aus der Tatsache, daß das Argument der Standortgefährdung mit Sicherheit bei allen weiteren Verteilungskämpfen wieder hervorgeholt werden wird.

1. Ökonomische Hintergründe der Standortdiskussion.

Was die Beantwortung der ersten der vorgenannten Fragen betrifft, so ist es nützlich, einen Blick auf die spezifischen Merkmale der Wirtschaftskrise zu werfen, die 1993 ihren Tiefpunkt erreichte. Sie ist vierfacher Natur:

1. Es ist eine normale zyklische Überproduktionskrise, von der alle Industriestaaten, zum Teil zeitlich versetzt, erfaßt wurden.

In Westdeutschland entwickelte sich bereits 1991 der Export rückläufig, was aber durch die Sonderkonjunktur, die der ökonomische Anschluß der DDR der westdeutschen Wirtschaft brachte, mehr als kompensiert wurde. Als aber im zweiten Quartal 1992 auch die Inlandsnachfrage abbröckelte, war der Absturz unvermeidlich: Vom ersten Quartal 1992 zum ersten Quartal 1993 sank die Produktion des verarbeitenden Gewerbes in den alten Bundesländern um etwa 10%; in den Folgemonaten stagnierte die Produktion; am Ende des vierten Quartals 1993 zeigten sich, ausgelöst durch zunehmende Exportaufträge, Ansätze einer allerdings noch schwachen Belebung.

Also ein normaler Konjunkturverlauf? Dem steht entgegen, daß bereits seit den siebziger Jahren der Konjunkturzyklus eine Besonderheit aufweist: Der in der Krise bzw. in ihrem Gefolge erreichte Höhepunkt in der Zahl der Arbeitslosen wird im folgenden Aufschwung nicht mehr nennenswert abgebaut. So lag die Zahl der offiziell Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland zum Zeitpunkt der Krise 1975 bei einer Million, 1980 auf dem Höhepunkt der nachfolgenden Konjunktur waren es immer noch 900 000; 1985 waren es 2,3 Millionen - 1989 immer noch 2 Millionen Arbeitslose. Der nur geringfügige Abbau der Arbeitslosigkeit ist ein Ausdruck dafür, daß das Wirtschaftswachstum die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht mehr in dem Maße übertraf, daß eine annähernde Vollbeschäftigung möglich wäre.

Angesichts dieser Wirtschaftsdaten kommt auch die Bundesregierung nicht umhin, in ihrem Jahresbericht 1994 festzustellen:

"Ein von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus wachsender Sockel an Arbeitslosigkeit erscheint vielen inzwischen fast wie ein Naturgesetz."¹

Ohne einschneidende Reformen im gesamten System der Erwerbsarbeit wird dieses "Naturgesetz" auch in den neunziger Jahren nicht durchbrochen werden - bei 3,5 bis 4 Millionen offiziell Arbeitsloser fehlen heute bereits in Gesamtdeutschland ca. 6 Millionen Arbeitsplätze, ein Defizit, dessen Abbau ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum von deutlich mehr als 3% jährlich voraussetzen würde. (Wie weit ein solches Wirtschaftswachstum unter öko-

logischen Gesichtspunkten überhaupt wünschenswert und vertretbar wäre, soll hier nicht erörtert werden).

2. Es ist eine Strukturkrise, die die zyklischen Krisen überlagert und die die Wirtschaftsentwicklung vor allem der "alten" Industrieländer nachhaltig beeinflusst.

Bereits seit den siebziger Jahren geht das Gewicht des produzierenden Gewerbes in der Wirtschaft der alten Industrieländer zurück:

*Anteil des verarbeitenden Gewerbes an den
(Zivil-)Beschäftigten² 1970 1991*

Deutschland	49,3%	31,2%
Großbritannien	43,7%	20,1%
Italien	39,5%	22,1%
Frankreich	27,5%	24,4%
Japan	27,0%	24,3%
USA	26,4%	17,5%

Man kann von der Herausbildung einer "Postindustriellen Wirtschaftsstruktur" sprechen, die um so mehr Arbeitslose hervorbringt, je weniger es gelingt, zusätzliche Arbeitsplätze in anderen Bereichen, insbesondere in den Dienstleistungen, zu schaffen. Immerhin wurden in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger Jahren 1,5 Millionen und in den achtziger Jahren nochmals fast 1 Million Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe abgebaut.

Wie die angeführten Zahlen beweisen, ist der Strukturwandel kein spezifisch deutsches Problem, aber er kann zu einem besonderen Problem des Wirtschaftsstandortes Deutschland werden: Deutschland hat im Vergleich zu den anderen Industrieländern den höchsten Anteil des verarbeitenden Gewerbes an den Gesamtbeschäftigten - dank der Tatsache, daß es "Exportweltmeister" ist, mit einem Export pro Kopf, der etwa beim zweifachen Japans bzw. dreifachen der USA liegt. Wenn die Chancen im Bereich von Wachstumsbranchen und Wachstumsmärkten nicht konsequent wahrgenommen werden, könnte der Rückgang im verarbeitenden Gewerbe ein Tempo annehmen, das zu außerordentlichen volkswirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen führt.

Es ist in diesem Zusammenhang alarmierend, wenn das Deutsche Patentamt bei seinen Analysen wiederholt darauf hinweisen mußte, daß bei wichtigen Zukunftstechnologien die einheimischen Hersteller gegenüber der Branchenkonkurrenz aus Japan und den USA weit zurückliegen. So nennt auch die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 1994 als Problemfeld der Politik "den drohenden Verlust der technologischen Spitzenposition, den deutsche Unternehmen im weltweiten Technologiewettbewerb auf vielen Feldern einnehmen; vor allem bei der raschen Umsetzung neuer wissen-

schaftlicher Erkenntnisse in innovative Verfahren und Produkte sind die Unternehmen ...ihrer ureigenen Verantwortung nur noch unzureichend nachgekommen."³

Zweifelloos hat diese "Unternehmensschelte" ihre Berechtigung. Aber es ist auch kein Ruhmesblatt für die Wissenschaftsförderung des Staates und für die Unternehmen, wenn sich, wie in den letzten Jahren geschehen, die Forschungs- und Entwicklungsausgaben, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, rückläufig bewegen. Schließlich sei noch vermerkt, daß sich diese reiche Bundesrepublik in ihren Bildungsausgaben je Einheit des Bruttosozialproduktes unter allen OECD-Ländern an letzter Stelle befindet.

3. Droht den Branchen im Bereich der Hochtechnologien vor allem das Zurückbleiben bei Produkt- und Technologieinnovationen, so ist es in traditionellen Branchen vor allem die Kostenkrise, die zahlreiche Unternehmen ins Aus treibt.

Daß Unternehmen, deren Produkte wesentlich billiger in "Niedriglohnländern" hergestellt werden können, der Konkurrenz weichen müssen, ist nicht neu - so sank im Industriebereich Textil/Bekleidung/Leder die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik von 1,5 Millionen im Jahre 1960 auf 0,5 Million im Jahre 1989.

In der Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte ist insofern eine neue Lage entstanden, als nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa die "Niedriglohnländer" direkt vor der Haustür liegen und der Bundesvorstand des deutschen Groß- und Außenhandels hat es ja bereits ausgerechnet: Für einen Deutschen kann man 10 Ungarn oder 17 Tschechen oder 18 Polen oder 38 Bulgaren oder 70 Russen beschäftigen. Das wird zweifellos dazu führen, daß Fertigungen und damit Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden.

Aber man sollte die Dimensionen dieser Prozesse auch nicht überschätzen: Die Hauptauseinandersetzungen toben zwischen den Industriemetropolen. Das sind alles "Hochlohnländer", und hier wirken die Währungsrelationen (und Währungsturbulenzen!) häufig stärker auf Gewinn oder Verlust am Weltmarkt als die konkreten Lohnstückkosten. Die Wettbewerbsfähigkeit wird in erster Linie durch die Beschaffenheit des Produktes und die Höhe der Arbeitsproduktivität bestimmt. Auch hier nennt der Jahreswirtschaftsbericht der Regierung das eigentliche Problem: Es liegt in "den Versäumnissen vieler Unternehmen, in der vergangenen zehnjährigen Wachstumsphase neue Märkte zu erschließen, ihre Produktivität durch organisatorische Maßnahmen zu erhöhen sowie Möglichkeiten zur Rationalisierung und Umschulung der Arbeitskräfte zu nutzen."⁴

Westdeutschland ist traditionell ein "Hochlohnland", dieser Nachteil im internationalen Konkurrenzkampf wird mehr als ausgeglichen durch die hohe Qualifikation der Beschäftigten, das technische Niveau der Fertigung und die

Höhe der Arbeitsproduktivität und nicht zuletzt durch die Qualität des Produktes. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland sprechen ferner die hochentwickelte Infrastruktur, die Stabilität der Währung, der durch hohe Pro-Kopf-Umsätze gekennzeichnete Binnenmarkt und der längere Zeit vorhandene, heute jedoch punktuell gefährdete soziale Frieden in der Gesellschaft.

Die positiven Standortfaktoren schließen keineswegs aus, daß die Globalisierung der Märkte für Waren, Dienstleistungen und Kapital zahlreiche Industriezweige unter starken Druck setzt. Doch dieser Druck kann nur dann zu einer echten Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschland führen, wenn die Regierung die zielstrebige Förderung des notwendigen Strukturwandels versäumt, die sozialen Probleme aus der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit weiterhin negiert und durch ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik die Stabilität der Währung, die Binnennachfrage und den sozialen Frieden in Gefahr bringt.

4. Die ökonomische Entwicklung Deutschlands wird nachhaltig durch die Krise beeinflusst, in die die Anschlußpolitik gegenüber Ostdeutschland geraten ist.

Der Anschluß der DDR brachte der westdeutschen Industrie, vor allem aber dem Handel, den Banken und Versicherungen 1990/91 eine Sonderkonjunktur mit beträchtlichen Umsätzen, Gewinnen und einer steigenden Zahl von Beschäftigten. Die Prozesse der ökonomischen Vereinigung verliefen vorrangig im Interesse des westdeutschen Großkapitals durch

- die Eroberung des ostdeutschen Marktes und die Ausschaltung potentieller Konkurrenten;
- die preisgünstige Aneignung von Immobilien und von ausbaufähigen Kapazitäten in den Branchen, in denen die Nachfrage durch westdeutsche Potentiale allein nicht befriedigt werden konnte;
- die Privatisierung von Profiten und die Verstaatlichung von Verlusten und von Umweltlasten in erster Linie über entsprechende Zahlungen der Treuhandanstalt;
- die Inanspruchnahme staatlicher Subventionen und Fördermittel für Aktivitäten im Osten Deutschlands als zusätzlicher Quelle der Kapitalersparnis.

Die Marktradikalität des wirtschaftspolitischen Kurses der Bundesregierung bei der Vereinnahmung der Wirtschaft der DDR war kaum mehr zu überbieten. Statt nach Wegen der Sanierung überlebensfähiger Betriebe zu suchen setzte die Regierung alles auf Privatisierung. So wurden drei Viertel des Industriepotentials vernichtet. Aber der Preis für die Marktradikalität fiel sehr hoch aus - allein die Finanzierung der so verursachten Massenarbeitslosigkeit erfordert gewaltige Mittel.

Die Regierung ging davon aus, die Einheit Deutschlands vor allem über eine kurzzeitige zusätzliche Verschuldung des Staates zu finanzieren. Das wurde weder den Dimensionen noch dem Zeitverlauf der für die Zerstörung der ostdeutschen Wirtschaft zu leistenden Transferzahlungen gerecht. Das Desaster dieser Finanzpolitik ist verheerend. Stieg die Staatsverschuldung von 1982 bis 1990, also in acht Jahren, um 500 Milliarden DM, so erhöhte sich die Gesamtverschuldung jetzt in vier Jahren, von 1990 bis 1994, um etwa eine Billion DM. Eine derart gigantische Neuverschuldung des Staates mußte eine Reihe von volkswirtschaftlichen Konsequenzen nach sich ziehen.

So wurde Deutschland aus einem (Netto-) Kapitalexporteur zu einem (Netto-) Kapitalimporteur. Noch 1989 übertraf der Kapitalexport den Kapitalimport um 135 Milliarden DM; in den folgenden Jahren überstieg dank der rasch zunehmenden Staatsverschuldung die Nachfrage nach Krediten die inländischen Ersparnisse, so daß die Bilanz der Kapitalbewegungen 1991 einen Importüberschuß von 20 Milliarden DM aufwies, der sich 1992 auf 100 Milliarden DM erhöhte. (1994 sank der Importüberschuß wieder auf 21 Milliarden DM - aber nur dank der Tatsache, daß im Gefolge der Zinsabschlagssteuer eine Kapitalflucht ins Ausland einsetzte, die sich in einer Größenordnung von mindestens 100 Milliarden DM bewegte.)

Die nicht zuletzt mit der Staatsverschuldung verbundene Geldmengenausweitung löste eine stärkere Preisaufriebstendenz aus. Lag die durchschnittliche Preissteigerung in den Jahren von 1988 bis 1990 bei 2,3%, so betrug die Preissteigerung von 1991 bis 1993 jahresdurchschnittlich 4,2%. 1992 und 1993 lag damit die Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland erstmalig über der durchschnittlichen Inflationsrate aller OECD Länder, wie folgende Tabelle zeigt⁵:

Preisentwicklung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1988	1989	1990	1991	1992	1993
Bundesrepublik Deutschland	+1,4	+2,9	+2,7	+3,7	+4,7	+4,1
OECD-Länder insgesamt	+3,5	+5,2	+5,1	+5,2	+4,4	+3,7

Sowohl die Notwendigkeit, verstärkt ausländisches Kapital für die Finanzierung der Staatsschulden heranzuziehen, als auch die Bekämpfung der Inflation zwangen dazu, den Zins noch zu einer Zeit hochzuhalten, zu der er zur Bekämpfung der Konjunkturflaute hätte bereits sinken müssen. Es war vor allem die so erzwungene Zinspolitik der Deutschen Bundesbank, durch die das Europäische Währungssystem (EWS) in die Krise geriet: Die Währungen anderer Großmächte, die im Interesse der Ankurbelung der Wirtschaft ihre Zinsen senkten, gerieten unter Abwertungsdruck. (Von hier resultierte der

Vorwurf, Deutschland finanziere seine Einheit zu Lasten anderer EG-Länder).

Der hohe Kurs der D-Mark wiederum setzte die eigene Wirtschaft unter Druck, weil er den Export erschwerte und den Import begünstigte. So schmolz der Handelsbilanzüberschuß zusammen, und aus dem Plussaldo der Leistungsbilanz (als Resultante der grenzüberschreitenden Waren-, Dienstleistungs-, Geld- und Kapitalströme) von 108 Milliarden DM im Jahre 1989 wurde ein Minussaldo von 33 Milliarden DM 1991 bzw. von 40 Milliarden DM im Jahre 1992.

Die Verquickung konjunktureller und struktureller ökonomischer Probleme, die zusätzlich verschärft werden durch neue Bedingungen des Wirtschaftsstandortes nach dem Wegfall der Mauer sowie durch die Folgen der Anschließpolitik gegenüber Ostdeutschland, erschweren den Ausweg aus der Krise 1992/93 und bewirken vor allem eine neue Dimension der schlimmsten Geißel auf sozialem Gebiet, der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit. Selbst unter Zugrundelegung einer optimistischen Wachstumsprognose von 2,5 bis 3% jährlich ist, wie bereits gezeigt wurde, ein Abbau des erreichten Niveaus der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten.

2. Grundzüge des Standortkonzepts der Bundesregierung.

In dieser Situation wirbt die Regierung mit dem Motto "Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland" für eine Wirtschaftspolitik, die einseitig auf die Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals bei gleichzeitiger Verschärfung der sozialen Probleme in diesem Land gerichtet ist. Die Eckpfeiler dieser Wirtschaftspolitik lassen sich kurz wie folgt umreißen:

1. Entlastung der Unternehmen durch Senkung der Unternehmenssteuern, Senkung, mindestens aber Stabilisierung der Sozialabgaben, Unterstützung moderater Tarifabschlüsse;
2. Konsolidierung des Haushaltes und Senkung der Staatsquote durch Sparprogramme und strikte Begrenzung bzw. Senkung von Sozialleistungen;
3. Umbau der sozialen Sicherungssysteme, um Staat und Unternehmen zu entlasten, die individuelle Verantwortung für die Vorsorge gegenüber den Risiken des Lebens zu verstärken (was faktisch einem Sozialabbau gleichkommt);
4. Deregulierung und Verstärkung des freien Wettbewerbes, was neben einer zweifellos zu begrüßenden Entbürokratisierung auch bessere Möglichkeiten schafft, für die Unternehmen lästige Rahmenbedingungen des Tarifsystems zu beseitigen und Standards des Umweltschutzes zu lockern bzw. zu unterlaufen;

5. Privatisierung staatlicher Unternehmen und Leistungen, um dem Kapital vor allem im Bereich der kommunalen Dienste neue und profitable Anlagensphären zu erschließen.

Diese Forderungen wurden auch mit dem Rückgang der Standortdiskussion nicht fallen gelassen, sondern eher noch verstärkt: Es handelt sich hierbei um Grundlinien neo-konservativer Wirtschaftspolitik, die im Grunde der Begründung durch angebliche Standortgefährdung nicht bedürfen.

Bereits in den achtziger Jahren unterschied sich die Wirtschaftspolitik der Regierung nicht wesentlich von dem neo-konservativen Grundmuster des "Thatcherismus" und der "Reagonomics" -günstige Rahmenbedingungen für die Verwertung des Kapitals zu schaffen war das Grundanliegen und so nimmt es auch nicht Wunder, daß trotz aller Klagen von Unternehmern und Politikern über angeblich zu hohe Lohnstückkosten die Stückgewinne und die Profite insgesamt wesentlich schneller gestiegen sind als die Löhne. Die Begünstigung der Kapitaleigner, der Unternehmer und der Selbständigen gegenüber den Lohnabhängigen spiegelt sich auch in der Verteilung des Volkseinkommens wider: Der Anteil der "Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen" stieg von 24% im Jahre 1980 auf 30% im Jahre 1990, während dementsprechend die Lohnquote von 76% auf 70% fiel.⁶

Da der Verteilungsspielraum in den nächsten Jahren wegen des voraussichtlich relativ schwachen Wachstums eng bleibt, die sozialen Kosten aber bei Beibehaltung der bisherigen Regelungen des Sozialstaates und der zu erwartenden raschen weiteren Polarisierung von arm und reich sprunghaft steigen werden, greift die Regierung im Interesse des Besitzstandschutzes für die Vermögenden die sozialen Sicherungssysteme an, die noch in den achtziger Jahren Tabu waren: Mit Schlagworten, wie "kollektiver Freizeitpark Deutschland", notwendiger "Umbau des Sozialstaates", "höhere Verantwortung des Einzelnen" wird der Abbau des Sozialstaates vorbereitet und eingeleitet. Aus der Sicht der neo-konservativen Regierungskoalition gibt es dafür ein sehr sachliches Argument: Bei weiter steigender Arbeitslosigkeit, Zunahme der Zahl der Sozialhilfeempfänger und der Rentner, wachsenden Kosten des Gesundheitswesens lassen sich die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr finanzieren. Aber es geht nicht nur um die sozialen Sicherungssysteme: mit dem Verweis, daß Lohnerhöhungen Arbeitsplätze gefährden könnten werden die Gewerkschaften zur "Mäßigung" aufgefordert, obwohl die Regierung selbst prognostiziert hat, daß im Jahre 1994 einer nominellen Steigerung der Lohneinkommen um 1 bis 1,5% eine Steigerung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 4 bis 6% gegenüberstehen könnte (die Zahlen beziehen sich auf die alten Bundesländer).⁷

Ohne sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft wird es keine stabile ökonomische und politische Entwicklung geben. Hier liegen die eigentlichen Gefahrenmomente für den "Standort Deutschland", der nicht nur

"Wirtschaftsstandort" ist. Weitere Umverteilung "von unten nach oben", ökonomische und soziale Ausgrenzung eines wachsenden Teils der Bevölkerung, zunehmende Perspektivlosigkeit der Jugend - alles nach dem Motto "Weiter so Deutschland" - das verstärkt Ellbogenmentalität und soziale Kälte, zerstört moralische Werte, bildet den Nährboden für zunehmende Kriminalität und kann zu einer ernsthaften Gefahr für den demokratischen Konsens in dieser Gesellschaft werden.

Kehren wir zur Ausgangsfrage zurück: Wie gefährdet ist der Wirtschaftsstandort Deutschland?

Wenn man den Neo-Konservativen glauben würde, dann wären zu hohes Lohnniveau, zu kurze Arbeitszeit und zu großzügige soziale Sicherungen für die lohnabhängig Beschäftigten die Hauptursachen für hohe Arbeitslosigkeit und für ungenügende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Aber dieser Behauptung widersprechen die internationalen Wirtschaftsdaten: Die Arbeitslosenquote bewegt sich im Vergleich der europäischen Länder trotz des strukturellen Umbruchs in Ostdeutschland im unteren Bereich, wie z.B. die Zahlen von 1993 zeigen⁸:

Arbeitslose in % aller Erwerbspersonen

Deutschland	8,9
Frankreich	11,7
Großbritannien	10,3
Italien	11,6
Spanien	22,7

Die ökonomischen Probleme, vor allem der Strukturwandel und die hohe Arbeitslosigkeit, sind also keineswegs "hausgemacht", spezifisch für den "Wirtschaftsstandort Deutschland". Ihnen ist auch nicht mit nationaler "wirtschaftlicher Aufrüstung" und "Export der Arbeitslosigkeit" durch bessere Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Industrie beizukommen. Den Herausforderungen, die durch den radikalen Wandel der Verwertungsbedingungen des Kapitals im "nachindustriellen Zeitalter" (manche sprechen auch von "Postfordismus" oder "Toyotismus") ausgelöst werden, könnte nur mit einer international abgestimmten Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik begegnet werden, die auf ein "nachhaltiges Wirtschaftswachstum", auf ökonomischen und sozialen Ausgleich setzt.

Das Kapital nutzt die Möglichkeiten zusammenwachsender Märkte, um den Druck auf Löhne und Sozialleistungen zu verstärken und notwendige Regelungen zum Umweltschutz zu umgehen. Es ist sicher kein Zufall, daß bei den GATT - Verhandlungen viel von freiem Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital die Rede war, über Sozial- und Umweltstandards, über eine gerechte Weltwirtschaftsordnung aber kaum gesprochen wurde. Nach dem neo-konservativen Wirtschaftsverständnis gilt es, die Kräfte des

freien Wettbewerbes, die Marktradikalität zu verstärken - der Staat soll sich entsprechend dem Motto: "weniger Staat, mehr Markt", aus der Wirtschaft und vor allem aus der sozialen Verantwortung zurückziehen.

Aber das Kapital ist weltweit immer weniger in der Lage, den Menschen die Möglichkeit der Existenzsicherung auf der Grundlage eigener Arbeit zu geben. Statt in neue Arbeitsplätze zu investieren, deren Aussichten auf Profit unsicher sind, wird ein wachsender Teil des Kapitals in Schuldverschreibungen und Finanztiteln angelegt, die einen relativ sicheren Kapitalertrag versprechen. Gewaltige Kapitalmengen fließen in die Finanzspekulation ("Kasino-Kapitalismus"): 1993 betrug der tägliche Umsatz an den internationalen Devisenbörsen etwa eine Billion Dollar - daß das mit internationalem Handel nur wenig (der Jahresumsatz des Welthandels beträgt etwa 3,7 Billionen Dollar, wäre also mit noch nicht einmal vier Tagesumsätzen der Devisenbörsen zu finanzieren), mit internationaler Währungsspekulation aber sehr viel zu tun hat, liegt auf der Hand. Dieser "Kasino-Kapitalismus" ist beredter Ausdruck dafür, daß das bishrige Modell der Kapitalakkumulation immer weniger funktioniert, der marktwirtschaftliche Regulierungsmechanismus in eine tiefe Krise geraten ist und die Lage auf dem Arbeitsmarkt weltweit immer prekärer wird.

3. Alternativen zum Regierungskonzept

Das offizielle Standortkonzept der Bundesregierung geht an allen wesentlichen Herausforderungen der neunziger Jahre vorbei. Fortschrittsprozesse werden blockiert und auf zukunftsentscheidenden Gebieten Fehlentwicklungen eingeleitet bzw. fortgeführt. Ja noch mehr: Das Ignorieren dieser Herausforderungen ruft langfristig Tendenzen der Zerstörung der natürlichen, sozial-kulturellen aber auch der ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft hervor.

Die Kritik am Standortkonzept, die zugleich Anforderungen für alternative Wege zur Problemlösung sichtbar macht, kann in folgenden Punkten zusammengefaßt werden:

1. Es enthält keinen realen Ansatz zur Lösung des größten sozialen Problems der Gegenwart und nächsten Zukunft, der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit sowie der darauf beruhenden Ausbreitung der Armut und der Erosion der Sozialsysteme in einem der reichsten Länder der Welt. Die Probleme von mehr als sechs Millionen Menschen ohne reguläre Erwerbsarbeit finden in diesem Konzept keinen adäquaten Platz. Die soziale Schieflage und Ungerechtigkeit der Verteilung von Lebenschancen, Arbeit, Vermögen und Einkommen werden unangetastet gelassen, ja sogar noch ausgeweitet und zementiert.
2. Es ist im Kern ein nationalistisches Konzept, mit dessen Hilfe versucht wird, wirtschaftliche Probleme Deutschlands auf Kosten anderer Länder zu

lösen. Arbeitsplätze sollen durch eine forcierte Ausweitung des Exports, durch Verdrängung von Konkurrenten, d.h. durch Vernichtung von Arbeitsplätzen irgendwo anders geschaffen werden. Anstelle gemeinsamer Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa und zur Durchsetzung notwendiger sozialer Standards in allen Ländern der Europäischen Union durch eine Sozialunion, stellt die Bundesregierung die Weichen in Richtung Deregulierung, Lohn- und Sozialdumping. Das Standortkonzept ist darauf gerichtet, die Vormachtstellung Deutschlands in der Europäischen Union und in ganz Europa auszubauen.

3. Es ist zu eng und nur auf den Wirtschaftsstandort Deutschland gerichtet, während es im Kern um eine solche Wirtschaftsentwicklung gehen muß, die darauf gerichtet ist, den Lebens-, Arbeits- und Umweltstandort Deutschland zu erhalten. Eine wirkliche Zukunftssicherung wird es nur im Zusammenhang und in enger Verflechtung von Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeit, Umwelt und Lebensweise geben.

4. Es zielt im wesentlichen darauf ab, Symptome der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme anzugehen und nicht die eigentlichen diesen Problemen zugrundeliegenden Ursachen. So soll die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte nach dem Regierungskonzept vor allem durch Kürzung der Sozialleistungen erfolgen. Die Hauptursachen für die eskalierende Staatsverschuldung, die weiter zunehmende Massenarbeitslosigkeit (allein die Gesamtbelastungen der öffentlichen Haushalte infolge Arbeitslosigkeit betragen 1993 nach Berechnungen des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 116 Mrd. DM), die Deindustrialisierung Ostdeutschlands und die Schwächung der produktiven Akkumulation zu Gunsten spekulativer Geldanlagen werden absolut stiefmütterlich behandelt.

Hierin zeigt sich auch ein Grundproblem des Standortkonzeptes und der gesamten neokonservativen Regierungspolitik: Problemanalyse und Therapievorschlage erfolgen fast ausschließlich mit dem Ziel, die Verwertungsbedingungen des Einzelkapitals zu verbessern, volkswirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Wirkungen werden weitgehend außen vor gelassen. So werden z.B. die Löhne nur als Kostenfaktor und nicht als eine für die Kaufkraft und damit für die Absatzchancen und auch für die Profitrate des Gesamtkapitals entscheidende GröÙe betrachtet.

5. Das Standortkonzept ist nur auf marktwirtschaftliche, d.h. auf weitgehend kurzfristige Resultate gerichtet. Es ist daher auch kurzatmig und enthält kaum perspektivische Vorstellungen für eine grundsätzliche Lösung der Probleme. Das gilt für alle wichtigen Fragen, von der Massenarbeitslosigkeit bis zur Weichenstellung für den Übergang zu einer neuen Qualität nachhaltiger, zukunftsorientierter, die Umwelt erhaltender Wirtschaftsentwicklung.

Als Folge dieser essentiellen Mängel führt das Standortkonzept zu Sackgassen und Blockierungen auf faktisch allen wichtigen Gebieten:

Soziale Sackgasse infolge eines auch nach der Überwindung der Krise unerträglich hohen Sockels der Massenarbeitslosigkeit und einer zunehmenden sozialen Polarisierung. Der Sozialstaat wird zunehmend abgebaut, ausgehöhlt. Es besteht die reale Gefahr, daß er nach dem Beispiel der USA weitgehend liquidiert wird, ein großer, zunehmender Teil der Gesellschaft nicht nur dauerhaft ausgegrenzt wird, sondern auch immer mehr sich selbst überlassen bleibt. Eine Politik, die steigende Massenarbeitslosigkeit tatenlos hinnimmt, kann auch den Sozialstaat nicht verteidigen. Sie kann als eine soziale Selbsterstörungsstrategie gekennzeichnet werden.

Ökologische Sackgasse, weil eine auf hohe Zuwachsraten des Bruttosozialproduktes gerichtete Wirtschaftspolitik fortgesetzt wird, die keine Weichenstellung in Richtung auf einen ökologischen Umbau und eine nachhaltige Entwicklung enthält, die Potentiale der natürlichen Umwelt zunehmend belastet und zerstört.

Ökonomische und haushaltspolitische Sackgasse vor allem infolge der weiter anwachsenden und die wirtschaftlichen und finanziellen Kreisläufe zunehmend belastenden ökologischen und sozialen Folgekosten einer überholten Art und Weise des Wirtschaftens. Die sprunghaft steigenden ökologischen und sozialen Reparatur- und Korrekturkosten, die beim Ausweis des Bruttosozialproduktes (BSP) unberücksichtigt bleiben, führen in der Konsequenz dazu, daß das real für Wohlstandsverbesserung und für die Zukunftsvorsorge einsetzbare ökonomische Potential schrumpft und die Belastungen zukünftiger Generationen unverantwortlich ansteigen. Bei dem für die neunziger Jahre vorausgesagten Wachstum des Bruttosozialproduktes von rd. 2% jährlich wird das real für die Bedürfnisbefriedigung nutzbare Produktionspotential kaum größer werden.

Entwicklungs- und europapolitische Sackgasse, da die Nord-Süd-Problematik sowie die ökonomische und soziale Spaltung Europas in dem Standortkonzept faktisch unberücksichtigt bleiben. Die tiefen Entwicklungsklüfte zwischen Nord und Süd, zwischen West- und Osteuropa, die sich weiter vergrößern, sowie die darin enthaltenen Probleme und Konfliktpotentiale bedrohen die Zukunft der gesamten Menschheit.

All dies unterstreicht die Dringlichkeit einer echten Alternative zum Standortkonzept der Bundesregierung. Worauf müßte sie gerichtet sein? Geht es um eine andere Vorstellung, wie der Wirtschaftsstandort gesichert werden sollte, oder geht es nicht um weit mehr, wie eine lebenswerte Perspektive für die Menschen in Deutschland als Teil Europas und der ganzen Welt erreicht werden könnte?

Sicher ist es notwendig, dem Konzept der Regierung, das im Kern eine Politik zur Senkung von Löhnen und Sozialleistungen ist, andere Vorschläge entgegenzustellen um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern und zu verbessern. Hierzu gehören eine neue Forschungs- und Technologiepoli-

tik, um die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken, eine zukunftsorientierte Struktur- und Investitionspolitik, um die notwendigen strukturellen Anpassungsprobleme rascher zu bewältigen, Veränderungen im System der Bildung und Förderung eines lebenslangen Lernens, um auf die neuen Anforderungen vorbereitet zu sein.

Aber auch eine solche primär auf bessere Wettbewerbsfähigkeit abgehobene Alternative ist zu eng. Müßten nicht alternative Überlegungen von anderen Zielvorstellungen ausgehen?

Ausgangspunkt darf nicht die Stärkung der Konkurrenzposition des deutschen Kapitals im Interesse höchster Profite sein, sondern vielmehr die Gestaltung einer solchen Wirtschaft, die auf die Zukunftssicherung von Leben, Arbeit und Umwelt, auf eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung sowie auf ein neues Europa, das alle europäischen Völker umfaßt, gerichtet ist. Ein solches Herangehen erscheint auch deshalb angebracht, weil der gegenwärtigen Standortdiskussion letzten Endes tiefe, fundamentale Krisenprozesse in der Politik, der Wirtschaft und dem Sozialsystem in der modernen kapitalistischen Gesellschaft zugrunde liegen. Alternativen sollten daher auch Wege zeigen, wie diese Bereiche reorganisiert, neu gestaltet werden könnten.

Ist jedoch eine solche Alternative auch real? Ist sie unter den Verhältnissen einer kapitalistischen Marktwirtschaft nur wünschenswert sowie für die Existenz und Fortentwicklung der Menschheit notwendig, oder ist sie auch durchsetzbar, kann sie zur Wirklichkeit werden?

Auf diese Frage kann u.E. heute noch keine definitive Antwort gegeben werden. Auf jeden Fall setzt eine solche Alternative voraus, die Dominanz des Profitprinzips zurückzudrängen. Dies ist wiederum nur mit Änderungen im politischen Kräfteverhältnis und tiefgreifenden gesellschaftlichen Reformen denkbar. Ein solches alternatives Konzept würde jedoch auch selbst ein Beitrag sein, um notwendige Veränderungen im Kräfteverhältnis und die Aussichten auf eine gesellschaftliche Reformpolitik, die schließlich in einem neuen Gesellschaftsvertrag münden könnte, zu befördern. Die Frage nach der Realität einer solchen Alternative, nach den gesellschaftlichen Kräften, die solche Veränderungen durchsetzen könnten, und den hierfür notwendigen Bedingungen, wird noch für längere Zeit heftig umstritten bleiben.

Worin könnten die Eckpfeiler einer solchen Alternative bestehen?

Das Regierungskonzept setzt auf Wachstum und Lohnkostensenkung um die Verwertungsbedingungen des deutschen Kapitals zu verbessern. Im Gegensatz dazu müßte eine Alternative von den neuen Herausforderungen der Menschheit ausgehen, d.h. auf eine Wirtschaftsentwicklung gerichtet sein, die dazu beiträgt, das Menschenrecht auf Arbeit zu verwirklichen, die

Umweltzerstörung aufzuhalten, den Ländern der "Dritten Welt" und Osteuropas Entwicklungsperspektiven zu eröffnen sowie die ökonomischen und sozialen Grundlagen für kriegerische Konflikte zu beseitigen.

Eine Schlüsselfrage für eine solche Alternative ist: wie können die allgegenwärtigen Blockierungen für die Lösung der aufgestauten Probleme aufgebrochen werden, wie können Sackgassen in Wege umgewandelt werden, die zwar Hindernisse und Überraschungen aufweisen, die aber weiterführen? Die Antwort hierauf kann nur ein in seinen Dimensionen, seiner Qualität sowie seinem Problem- und Zeitdruck historisch einmaliger Such- und Umbruchprozeß geben, in dessen Ergebnis sich wesentliche Seiten von Produktion, Arbeit und Leben, d.h. der Daseins- und Entwicklungsformen der Gesellschaft, sehr weitgehend verändern müssen. Geschieht das nicht oder zu spät, werden die selbstzerstörerischen Krisenprozesse zunehmen.

Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, daß es keinen einfachen Königsweg zur Lösung der Probleme gibt. Auch die beste Alternative wird konfliktreich sein, Widersprüche aufweisen und ist nur schrittweise über einen längeren Zeitraum zu verwirklichen. Die Überwindung von Massenarbeitslosigkeit und gewiß noch mehr der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und ein spürbarer Abbau der Entwicklungskluft zwischen Nord und Süd sind nicht innerhalb einer kurzen Zeitspanne möglich. Sie setzen voraus, daß neue, den Problemen adäquate wirtschaftspolitische, soziale und ökologische Ansätze, Methoden und Instrumente entwickelt und miteinander kombiniert werden. Das wiederum erfordert einen neuen gesellschaftlicher Konsens zwischen den Akteuren der wirtschaftlichen Entwicklung darüber, daß die Lösung dieser Probleme vordringlich ist. Veränderungen in der Werteskala und in den Verhaltensweisen sind unabdingbar.

Kleinere Korrekturen an der bisherigen Wirtschaftspolitik werden nicht ausreichen, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Gerade hier und heute ist die Bereitschaft zu neuem Denken gefordert. Die Gefahr nimmt zu, daß wir infolge zu langer Reaktionszeiten vom Auftreten der Probleme über ihr Erkennen bis zur Bereitschaft und Fähigkeit zu entsprechenden Änderungen im Verhalten und Handeln, die uns noch zur Verfügung stehende Zeit unnütz verstreichen lassen.

Eine Alternative zum Standortkonzept der Regierung muß notwendigerweise von anderen Fragestellungen und Prioritäten ausgehen: Aus dem Ziel, die Verwertungsbedingungen des deutschen Kapitals im internationalen Konkurrenzkampf zu verbessern, ergeben sich zwangsläufig andere Konsequenzen für Wachstum, Export und Einkommensverteilung als aus einem alternativen Konzept, das von den Zielen Überwindung von Massenarbeitslosigkeit, soziale Sicherheit und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ausgeht.

Aber die Bestimmung der Ziele und Prioritäten ist auch deshalb so wichtig, weil davon die konkreten Wege und Methoden, die Richtung und der

Charakter der staatlichen Einflußnahme auf die Wirtschaft abhängen: Eine alternative Wirtschaftsentwicklung erfordert auch eine andere Art und Weise der Steuerung und Kontrolle der Wirtschaftsentwicklung, eine Verstärkung der gesellschaftlichen gegenüber der rein marktwirtschaftlichen Regulierung wird unabdingbar.

Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und ökologischer Umbau der Wirtschaft zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung sind die zentralen Probleme einer Alternative zum Standortkonzept der Regierung. Da es im Rahmen des Vortrages nicht möglich ist, ein alternatives Konzept in extenso darzulegen, beschränken wir uns im nachfolgenden auf eine Frage - die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Hier liegt der wichtigste Ansatz, um der sozialen und letzten Endes auch ökonomischen Selbsterstörungsstrategie in den modernen Industriestaaten entgegenzuwirken.

Für die Entwicklung einer Politik der Vollbeschäftigung sind u. E. zwei Ausgangsthesen von entscheidender Bedeutung:

1. Der Gesellschaft geht nicht die Arbeit aus, sondern Arbeit ist "nur" im Verhältnis zu den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals überflüssig. Das Brachliegen eines gewaltigen produktiven, schöpferischen Potentials geht damit einher, daß dringend notwendige Arbeiten in sozial- kulturellen Bereichen, beim Umweltschutz, bei der Stadtsanierung und in der Infrastruktur nicht durchgeführt werden. Es ist auch nicht einzusehen, warum bei einem gegebenen Umfang der Erwerbsarbeit nur eine Verteilung der Arbeit derart möglich sein soll, daß ein Teil der Arbeitsfähigen sich überarbeiten muß, während ein anderer Teil zur Nichtarbeit gezwungen wird.

2. Eine Überwindung der Massenarbeitslosigkeit allein mit Hilfe der Marktkräfte wird nicht möglich sein. Staatliche Eingriffe sind unerlässlich, jedoch nicht zur Beseitigung des Marktes, sondern zur Eindämmung der ihm immanenten unsozialen und umweltschädlichen Wirkungen, zur Ergänzung der marktwirtschaftlichen Regulierung durch eine aktive gesellschaftliche Einflußnahme auf das Wirtschaftsgeschehen. Je höher die Massenarbeitslosigkeit, desto dringlicher sind gesellschaftliche, heute vor allem staatliche Eingriffe. Je größer wiederum die Rolle einer aktiven staatlichen Struktur- und Beschäftigungspolitik ist, desto wichtiger wird die Demokratisierung dieser Wirtschaftspolitik auf allen Ebenen, von den Kommunen und Regionen bis zu den Institutionen der Europäischen Union.

Spürbare Fortschritte bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wird es nur geben, wenn es gelingt, einen gesellschaftlichen Konsens darüber zu erzielen, daß diese Aufgabe von höchster politischer und sozialer Priorität für die gesamte Bevölkerung ist. Ein solcher gesellschaftlicher Konsens bildet die Voraussetzung u. a. für eine Neubewertung und Neuverteilung der bezahlten und der bisher unbezahlten sogenannten Reproduktionsarbeit (z. B. Kindererziehung, Arbeit zur häuslichen Pflege von Menschen mit Behinderung,

kranker und älterer Menschen) und für eine konsequente Orientierung sozialstaatlicher Regelungen auf die Schaffung neuer und die Erhaltung vorhandener Arbeitsplätze (z.B. durch eine soziale Flankierung von Teilzeitarbeit, durch zeitweilige Lohnsubventionen bei weitgehender Arbeitszeitverkürzung, durch eine enge Verknüpfung ökologisch oder aus der Konversion der Rüstungsindustrie notwendiger Produktionseinstellungen oder -einschränkungen mit Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze).

Die Bedingungen für eine Vollbeschäftigung sind zum Ende dieses Jahrhunderts wesentlich komplizierter geworden: Das Wirtschaftswachstum wird kaum dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Dienstleistungsbereich wird nicht mehr so, wie in den siebziger und achtziger Jahren, aus dem produzierenden Bereich freigesetzte Arbeitskräfte aufnehmen. Aus all dem folgt, daß die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit sehr langwierig und kompliziert sein wird, daß es nicht *den* erfolgversprechenden Weg gibt. Fortschritte sind nur von einer Kombination verschiedener Elemente und Instrumente einer aktiven Beschäftigungspolitik zu erwarten. Jedes dieser Elemente kann für sich allein die Arbeitslosenproblematik nicht lösen, ist jedoch dafür unverzichtbar. Bestandteile einer solchen aktiven Beschäftigungspolitik könnten sein:

- *Arbeitszeitverkürzung zur gerechten Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit.* Hierüber ist wieder ein heftiger Streit entbrannt. Er entzündet sich vor allem an dem Modell von VW zur Einführung der Viertagewoche und an den Vorschlägen, die Teilzeitarbeit zu erweitern. Sicher gibt es berechtigte Einwände zu diesen und anderen Projekten. Die Arbeitszeitverkürzung ist auch kein Allheilmittel um zur Vollbeschäftigung zu kommen. Aber ohne sie kann und wird es unter den heutigen und zukünftigen Bedingungen nicht möglich sein, die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Dabei gilt es die vielen differenzierten Möglichkeiten der Reduzierung der tatsächlich gearbeiteten Zeit zu nutzen wie Abbau von Überstunden (jährlich werden etwa 1,6 Milliarden Überstunden geleistet, das entspricht dem Arbeitsvolumen von 800 000 Beschäftigten), Verringerung der wöchentlichen und Lebensarbeitszeit, Weiterbildung und Qualifizierung innerhalb der Arbeitszeit, flexible Gestaltung des Arbeitszeitregimes u.a.m.

Unter Berücksichtigung der Produktivitäts- oder besser der Intensitätseffekte einer kürzeren Arbeitszeit könnte man davon ausgehen, daß 50% der Arbeitszeitverkürzung beschäftigungswirksam werden. Danach würden je Stunde Arbeitszeitverkürzung im gesamtwirtschaftlichen Maßstab rund 400 000 Arbeitsplätze geschaffen werden können. Bei Einführung einer 30 Stunden Woche wären dies rund 3 - 3,5 Millionen Arbeitsplätze.

Hierbei spielen zwei politisch-soziale Probleme eine zentrale Rolle: Die Erweiterung der demokratischen Mitbestimmung, um zu verhindern, daß Arbeitszeitverkürzung, flexible Arbeitszeitgestaltung und Erweiterung der

Teilzeitbeschäftigung gegen die Interessen der Betroffenen durchgesetzt werden; Regelungen zum Lohnausgleich und zur sozialen Sicherung (Höhe des Arbeitslosengeldes und der Rente), damit keine einschneidenden Verschlechterungen der Lebensbedingungen eintreten.

- *Neubewertung und Umverteilung der Arbeit, um das Feld der Erwerbsarbeit zu erweitern.* Ausgehend von dem dringenden, unbefriedigten Bedarf auf solchen Gebieten, wie Pflege und soziale Betreuung, Aus- und Weiterbildung, Kultur, Umwelt- und Stadtsanierung könnten Arbeitsplätze für mindestens 2 Millionen Menschen geschaffen werden. Warum entstehen solche Arbeitsplätze nicht, sondern werden zum Teil noch wider aller Vernunft sogar reduziert? Der Grund ist einfach, entweder rentieren sie sich nicht nach marktwirtschaftlichen Kriterien oder sie können bei höheren Tarifen von den meisten Menschen kaum bezahlt werden. Ein Weg, um diese Widersprüche zu lösen, könnte im Auf- und Ausbau eines öffentlich geförderten und zumindest teilweise auch öffentlich finanzierten Beschäftigungssektors liegen. Dieser müßte sich jedoch grundsätzlich von den ABM-Stellen des zweiten Arbeitsmarktes unterscheiden. Diskriminierungen wie zeitliche Befristung auf ein Jahr, untertarifliche Bezahlung, dürften nicht zugelassen werden. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor müßte auch perspektivisch einen bedeutenden Platz im Rahmen einer aktiven Beschäftigungspolitik einnehmen. Ihm könnte auch eine wichtige Funktion zukommen, um besonders im Osten Deutschlands Arbeitsplätze in Wissenschaft und Forschung zu schaffen.

Natürlich sind hierfür beträchtliche finanzielle Mittel erforderlich. Bei der Bewertung ihrer Höhe muß berücksichtigt werden, daß sonst auftretende finanzielle Aufwendungen für Arbeitslose entfallen. Mehr als 50% der Mittel je Beschäftigten könnten hieraus gedeckt werden. Im Unterschied zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit werden ja auch nützliche Leistungen erbracht. Die Kommunen müßten bei der Herausbildung dieses öffentlichen Sektors eine wichtige Rolle spielen. Das setzt wiederum voraus, hier die notwendigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

- *Eine Wirtschafts-, Struktur- und Technologiepolitik die dazu beiträgt, wirtschaftliche Dynamik und notwendige Strukturveränderungen zu fördern, um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.* Wirtschaftswachstum wird zwar in Zukunft im volkswirtschaftlichen Maßstab die Zahl der Arbeitsplätze kaum erweitern, ein Produktionsrückgang oder wirtschaftliche Stagnation würden jedoch bewirken, daß die Zahl der Arbeitsplätze noch stärker zurückgeht. Es geht u.E. nicht darum, Wirtschaftswachstum aus ökologischen Gründen zu verhindern, sondern um eine solche Änderung der Qualität des Wirtschaftens, daß die natürlichen Bedingungen langfristig erhalten und möglichst verbessert werden.

Die zugespitzten Probleme der Massenarbeitslosigkeit und der Ökologie verlangen eine aktive regionale und sektorale Struktur- und Beschäftigungspolitik. Sie ist notwendig, um solche Innovations- und Strukturprozesse zu fördern, die die veränderten Wettbewerbsbedingungen im weltwirtschaftlichen und europäischen Maßstab berücksichtigen sowie gleichzeitig Fortschritte beim ökologischen Umbau und bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze gestatten.

Eine aktive Struktur- und Beschäftigungspolitik ist angesichts der weitgehenden Entindustrialisierung und Liquidierung von Wissenschafts- und Forschungskapazitäten für die neuen Bundesländer besonders wichtig. Ein Schritt in diese Richtung ist die Ausarbeitung struktur- und beschäftigungspolitischer Programme für die neuen Bundesländer und ihre Regionen. Die Lösung dieser Aufgaben im Interesse der Menschen setzt neben einer Regionalisierung der Wirtschaftspolitik voraus, daß die demokratische Mitbestimmung nicht nur auf der Ebene der Unternehmen und Betriebe erweitert wird, sondern viel stärker auch die Länder, Regionen und Kommunen umfaßt.

Die Struktur- und Beschäftigungspolitik kann nicht auf den nationalen Rahmen des Landes beschränkt bleiben, sondern verlangt vielmehr eine internationale Koordinierung wesentlicher Elemente der Wirtschaftspolitik. Damit müßte zugleich der Tendenz entgegengewirkt werden, daß ein Land versucht, seine Probleme auf Kosten anderer zu lösen.

- Veränderungen in der Haushalts- und Steuerpolitik, um die Bedingungen für eine aktive Beschäftigungspolitik herauszubilden, mit der im Verlauf der neunziger Jahre mehrere Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Beträchtliche Mittel sind notwendig für Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, für die Finanzierung des öffentlichen Beschäftigungssektors sowie für eine flankierende Sozialpolitik bei radikaler Arbeitszeitverkürzung. Nach überschlägigen Rechnungen wären hierfür mindestens zusätzlich 80 bis 100 Milliarden DM jährlich notwendig. Wesentliche Voraussetzungen zur Finanzierung dieser Vorschläge werden durch den Selbstfinanzierungseffekt einer höheren Beschäftigung geschaffen: eine Million weniger Arbeitslose entlasten die öffentlichen Haushalte um rund 30 Milliarden DM. Eine dringend notwendige Reformierung des Steuersystems in Richtung einer stärkeren Belastung der höheren Einkommen, größeren Vermögen, von Geldanlagen und Spekulationsgewinnen sowie ein konsequentes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung könnte nicht nur finanzielle Mittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen bringen, sondern auch Mittel für die Lösung anderer sozialpolitischer Aufgaben sichern.

* * * * *

Inwieweit eine Alternative, die Vollbeschäftigung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sowie eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung zum Ziel hat,

nur eine Vision bleibt oder durch hart erkämpfte gesellschaftliche Reformen zur Realität werden kann, gehört zu den offenen Fragen unserer Zeit. Wenn sie negativ beantwortet wird steht jedoch der weitere gesellschaftliche Fortschritt, ja die Existenz der menschlichen Gesellschaft überhaupt auf dem Spiel.

Fußnotenverzeichnis

- ¹ Jahreswirtschaftsbericht 1994 der Bundesregierung. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft, Seite 304) Jahreswirtschaftsbericht 1994, Seite 29
- ² "Wirtschaftswoche" Nr.6/ 1994, Seite 35
- ³ Jahreswirtschaftsbericht 1994, Seite 29
- ⁴ Ebenda, Seite 29
- ⁵ Jahreswirtschaftsbericht 1993, Seite 102; Jahreswirtschaftsbericht 1994, Seite 106
- ⁶ Wirtschaft in Zahlen 93. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft, Seite 22
- ⁷ Jahreswirtschaftsbericht 1994, Seite 127. Die tatsächlich 1994 erreichten Werte übertrafen die Prognose der Bundesregierung um das Doppelte zugunsten der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit - + 1,1%, Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen - + 9,1%
- ⁸ Ebenda Seite 106

Literatur

- Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft Bonn
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Memorandum 94: Wirtschaftsreformen statt Standortparolen. Köln 1994
- Bischoff, J.: Wirtschaftsstandort Deutschland. Sozialismus Heft 7/8 1993 Hamburg
- Friedrich, G., Knop, H.; Steinitz, K.: Eine neue Rolle des Staates in der Wirtschaft? Beiträge zur Wirtschaftspolitik 3/94 Berlin
- Hickel, R.; Prieue, J.: Nach dem Fehlstart - ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung. Frankfurt a.Main 1994
- Scharping, R.: Was jetzt zu tun ist. München 1994
- Steinitz, K.: Massenarbeitslosigkeit - das soziale Grundübel moderner Industriegesellschaften. Utopie kreativ Heft 32/33 - 1993 Berlin
- Wittig, G. u.a.: Argumente zur Standortdiskussion. Sozialismus Heft 11 1993 Hamburg